

Berliner Tageblatt



Nr. 401

und Handels-Zeitung

Donnerstag, 25. August 1927

Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die verfassungsfeindlichen Hotels.

Die hissen heute das amerikanische Sternenbanner — sie boykottieren die Reichsflagge.

Die Gegenmaßnahmen.

Der Prefekte aus dem Hotel Eplanade verlegt.

gestrige Beschluß einiger Berliner Hotels, auch mit der Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold nicht gehen, hat nicht die Wirkung gehabt, die man wohl in den betreffenden Hotelbesitzer erwartet hatte. Es zeigt sich hier dem Hotel Adlon und der Hotelbetriebs-V. G., Wristol, Kaiserhof, Baltic, Zentralhotel und die Hotels des Hotelkongresses gehören, nur noch das Hotel Eplanade als Hotel sich der Erklärung angeschlossen hat. Dagegen haben andere große Berliner Hotels, Excelsior und Eden,weigert, diesem Beschluß beizutreten. Dem Verein Hotelbesitzer gehören bekanntlich noch zahlreiche mittlere kleinere Betriebe an, deren Inhaber von der gestrigen und dem angebliebenen Beschluß gar nicht in Kenntnis gesetzt sind. Interessant ist, daß auch der Ausschichtsrat der Hotelbetriebs-V. G. in der Flaggenangelegenheit nicht beiraten worden ist, und es wird berichtet, daß man innerhalb Hotelbetriebs-V. G. durchaus verschiedener Meinung über den Flaggenstreit sei und daß daher der gestrige Beschluß durchaus nicht einhellig gebilligt wurde.

Bürger Dr. Böß erklärt, daß er selbstverständlich bei seinem Amt verbleibt und daß sowohl er als auch die Beamten des Magistrats in Zukunft allen Veranstaltungen fernbleiben, die in solchen Hotels stattfinden, die die Reichsflagge zu zeigen sich weigern. Der Oberbürgermeister ist der Meinung, daß die Weigerungsgründe der Hotels geradezu lächerlich anmuten. In keinem anderen Lande wäre denkbar, daß die Flaggen fremder Staaten bei zahlreichen Anlässen die eigenen Landesfarben aber demonstrativ boykottiert werden.

Böß hat sowohl dem Auswärtigen Amt wie auch dem Bürgermeister von New-York seine Stellungnahme mit, und Walter hat seinen Berliner Kollegen berichtet, daß zwar in den Flaggenstreit nicht einmischen wollte, er aber die Haltung des Berliner Stadtoberhauptes nicht verstehen könne. Was übrigens der Vorwurf der anbelangt, die Stadt fange die Hotels bis aufs Wort an, so ist diese Behauptung von Dr. Böß auf das entschiedenste zurückzuweisen. Die Hotels seien keineswegs mehr belastet als irgendein Berliner Gewerbe, und es sei in letzter Zeit für die den Wertung Berlins, die doch den Hotels in erster Linie komme, sehr viel mit städtischen Mitteln getan worden. Wir hören, hat sich auch das Berliner Westamt dem Punkt des Magistrats angeschlossen. Es wird bis auf seine Veranstaltungen in den in Frage kommenden Hotels mehr abhalten und es hat bereits einen Tee, der heute im Hotel Eplanade anlässlich der bevorstehenden Ausstellung „Die Wunde der Dämmerung“ stattfinden abgesetzt und nach dem Punkthausrestaurant verlegt. Zwischen dem Westamt und dem Verband der Frankfurter Verhandlungen darüber, ob es noch möglich ist, den Feste und das große Bankett, das am 2. September, Eplanade anlässlich der Funkausstellung stattfinden in ein anderes Hotel zu verlegen.

Wir hören, wie wir hören, in Berlin eine Sitzung des Verbandes der Hotelbesitzer Deutschlands statt, in der über die Kräfte der Berliner Organisation den Versuch unternommen werden, ihren gestrigen Beschluß auf das ganze Reich auszuweiten.

Anderer Seite wird uns noch mitgeteilt:

Der Berliner Magistrat hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Angelegenheit beschäftigt und der einstimmigen Beschluß gefaßt, seine Stellungnahme in der Angelegenheit aufrechtzuerhalten. Er hat, um alle Unannehmlichkeiten zu vermeiden und sein Möglichstes dafür zu tun, um die amerikanischen Besucher von Berlin nur angenehme Eindrücke gewinnen, sich nochmals an das Hotel Kaiserhof gewandt und erklärt, daß er bereit sei, an dem heute abend stattfindenden Bankett zu Ehren des Bürgermeisters Walter teilzunehmen, das das Hotel auch nach außen hin sichtbar die Reichsflagge zeigt. Auch der Amerikanische

Klub legte dem Hotel nahe, seine bisherige Haltung zu ändern und neben dem Sternenbanner auch die Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold zu hissen. All diesen wohlgemeinten Vorschlägen gegenüber verharrete der Kaiserhof bei seinem Standpunkt, nur das amerikanische Sternenbanner nach außen zu hissen. In dem Saal des Hotels, in dem das Bankett stattfindet, sollen dagegen Reichsflaggen und Sternenbanner gezeigt werden. Mit diesem Vorschlag des Hotels konnte sich aber der Berliner Magistrat natürlich nicht einverstanden erklären, und sagte darauf endgültig ab.

Auch die preussische Regierung wird selbstverständlich der Einladung des amerikanischen Klubs in den Kaiserhof nicht Folge leisten. Kein Minister oder sonstiger Vertreter wird infolgedessen Preußen heute abend repräsentieren. Was die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes anlangt, so wird es sich, wie es heißt, durch den Staatssekretär v. Schubert vertreten lassen. Die Teilnahme des Herrn von Schubert andere, so wird uns erklärt, an der grundsätzlichen Einstellung des Auswärtigen Amtes nichts, wonach am Verfassungstage die Verfassungsflaggen zu zeigen sind. Sollte Herr Schubert wirklich auf diesem Standpunkt verharren und sich so in einen Gegenstand zu den angenommenen „Mischlinien“ und der Auffassung aller verfassungstreuen Kreise setzen, so würde darüber das Nötige noch zu sagen sein. Die ganze Angelegenheit wird nach der Rückkehr der Minister, die größtenteils augenblicklich nicht in Berlin anwesend sind, wahrscheinlich in einer Kabinettsitzung besprochen werden. Ein Beschluß des Kabinetts konnte nicht erfolgen, da heute nur zwei Minister in Berlin anwesend sind.

Eine Lektion.

Die Stellungnahme der Hotels Excelsior und Eden.

Der Besitzer des Hotels Excelsior, Geheimrat Dr. Elschner, dessen Hotel in einem Blatt zu Unrecht unter den verfassungs- und flaggenfeindlichen aufgeführt worden war, ermächtigt uns zur Veröffentlichung folgender Erklärung:

„Der mir soeben bekanntgewordene Beschluß, den gestern der Berliner Hotelbesitzerverein gefaßt hat, ist mir vollständig unverständlich. Ich möchte zunächst einmal feststellen, daß entgegen der Behauptung eines gestrigen Spätabendblattes — mein Unternehmen zu der gestrigen Sitzung nicht hinzugezogen worden ist; weder ich noch einer meiner Direktoren haben eine Aufforderung erhalten, an dieser wichtigen Sitzung teilzunehmen. Ich bedauere das außerordentlich, weil man mir so nicht Gelegenheit gegeben hat, Protest gegen den ungläubigen Standpunkt der übrigen Berliner Hotelbesitzer zu erheben. Ich kann nicht begreifen, daß man als deutscher Hotelbesitzer sich weigert, die deutsche Reichsflagge an nationalen Feiertagen oder bei anderen feierlichen Gelegenheiten zu hissen. Als Deutscher und als Mann der Wirtschaft bin ich der Ansicht, daß es andere Dinge gibt, um die in Deutschland gestritten werden kann, als um die Frage der Nationalflagge.“

Ich werde nach wie vor — unbeschadet der Beschlässe irgendwelcher Wirtschaftsverbände, denen wir angehören — als guter Deutscher mich offen zur Nation bekennen und jede gesetzmäßige Regierung unterstützen. Ich werde nach wie vor weiter bei besonderen Anlässen die deutsche Nationalflagge hissen. Sobald wir eine amerikanische Flagge besorgt haben, wird sie zu Ehren der amerikanischen Gäste, zu Ehren des New-Yorker Oberbürgermeisters neben der schwarz-rot-goldenen Nationalflagge gehißt werden.

Daß ich mich zu diesem Standpunkt nicht aus Geschäftsgründen bekenne, geht schon daraus hervor, daß ich weder Festfälle, noch irgendwelche Räume zu Konferenzen zur Verfügung habe wie die anderen Hotels.“

Die Direktion des Edenhotels teilt uns mit, daß ihr der gestern gefaßte angebliebene Beschluß des Berliner Hotelbesitzervereins völlig überraschend kommt, da sie in dieser Angelegenheit weder gefragt, noch zu einer Sitzung eingeladen worden ist. Sie steht, wie sie ausdrücklich betont, auf dem Standpunkt, daß am Tage der Verfassung die deutsche Reichsflagge zu hissen ist.

Die bevorstehende „Amnestie“.

Enakten für Einzelpersonen, nicht Amnestierung bestimmter Gruppen von Vergehungen.

aus Anlaß des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten wird sich in eine Reihe von Einzelmaßnahmen auflösen. Das Reichsjustizministerium hat an einer Liste von Personen, die es dem Reichspräsidenten gegenabgeben vorgeschlagen will. Ueber die Richtlinien, die er Aufstellung dieser Liste Anwendung finden sollen, berichtet das Ministerium die deutsche Zukunft. Diese Haltung ist verständlich. Die deutschen und deutschen Extremisten verlangen eine vollständige Amnestie für Leute, besonders für die Schuldigen an den Gedenkorden, die Namen von Telleßen und Schulz, der Möbder Erz, tauchen sogar ebenfalls in dieser Zusammenfassung auf. darf wohl annehmen, daß von einer Begnadigungsaktion in den Rechnen keine Rede sein kann und daß aus eben diesem der Reichsjustizminister Dr. Gergel die Diskussion über die

Amnestie nach Möglichkeit einzuschränken versucht, um nicht Gegenstand der Angriffe seiner Freunde auf der äußersten Rechten zu werden. Die einzelnen Länder sind in der Entscheidung darüber, ob sie anlässlich des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten eine Amnestie erlassen wollen oder nicht, vollkommen selbstständig. In Preußen werden aus diesem Anlaß ebenfalls eine Reihe von Einzelbegnadigungen erfolgen für die Vorarbeiten bereits beendet sind. Sobald der preussische Justizminister von seiner Inspektionsreise durch Schlesien zurückgekehrt ist, werden ihm entsprechende Vorschläge unterbreitet werden. Der ausgesprochen persönliche Charakter des 80. Geburtstagesfestes des Reichspräsidenten legt es nahe, daß vor allem jene Personen amnestiert werden, die sich Delikte gegen die Person des Reichspräsidenten haben zuschreiben können lassen. Dagegen können Personen, die wegen Vergehens und Verbrechen gegen den Staat, besonders Vergehens gegen das Republiklichkeitsgesetz, verurteilt worden sind, keineswegs amnestiert werden. Im allgemeinen wird es das Charakteristische dieser Geburtstagsamnestie sein, daß eben nur Personen amnestiert werden, daß aber nicht etwa eine bestimmte Delikte als unter die Amnestie fallend erklärt werden.

Die Hotelrevolte.

In dem — bezeichnenderweise nur der staatsfeindlichen, gegen die Republik und ihre Einrichtungen hegenden Eugenberg-Presse zugestellten — „Beschluß“, mit dem es eine Anzahl Mitglieder des „Vereins Berliner Hotels und verwandter Betriebe“ abgelehnt haben, am Verfassungstage die schwarzrotgoldene Nationalflagge zu hissen und, nach international gültigen Brauch, beim Besuch hervorragender ausländischer Gäste neben der fremden Flagge auch die des eigenen Landes zu zeigen, werden die Hotels, die sich an diesem Vorgehen beteiligt haben, aufgezählt. Es dürfte auch das republikanische Publikum Berlins interessieren, die Liste dieser verfassungsfeindlichen, den Wünschen reaktionärer Stammgäste diensteifrig gehorchenden Gaststätten zu kennen, und wir teilen sie so, wie sie in der Erklärung steht, hier mit:

Adlon, Wristol, Eplanade, Kaiserhof, Continental, Zentral-Hotel, Fürstenhof, Palast-Hotel, Baltic, Atlas, Deutscher Kaiser, Habsburger Hof, Magdeburger Hof, Moltke, Nordland, Prinz Friedrich Karl, Prinz Wilhelm, Kuffischer Hof, Schmids Hotel und Berliner Hof, Westfälischer Hof und viele andere Hotels und Kleinhotels.“

Zunächst ist zu sagen, daß es eine Irreführung ist, wenn die Herren Hoteliers, die sich zum Kampf gegen den Staat und seine Fahne zusammengeschlossen haben, es so darstellen, als habe der Verein in dem Beschluß gefaßt. Sie sind nicht „der Verein“, nicht das Berliner Hotelgewerbe, sondern nur eine Clique, in der zwei Konzerne das große Wort führen, und sie hatten zu ihrer rein privaten Kompottschmückung keineswegs alle Vereinsmitglieder, nicht einmal die Besitzer aller großen und größten Berliner Hotels, eingeladen, sondern nur diejenigen, an denen reaktionärer, verfassungsfeindlicher Stimmung kein Zweifel bestand. Mit unheimlich scharfen und außerordentlich zurechtfindenden Worten geißelt der Eigentümer des Hotel Excelsior, Geheimrat Dr. Elschner, das Verhalten dieser Leute, die es nicht wagt, die Namen zu finden scheinen, wenn sie die eigene Nationalflagge verleugnen, aber die fremde anlockend über die Hotelkassen hängen. Weder ihn, noch das Eden-Hotel haben, wohlweislich, die Urheber der gestrigen Flaggenrevolte befragt.

In dieser Erklärung werden die offenbar sehr nervösen verfassungsfeindlichen Hoteliers sehr unhöflich und sogar ausfällig gegenüber dem Berliner Magistrat und dem Oberbürgermeister Böß, der Veranstaltungen in ihren Räumen, solange sie die Hisung der Nationalflagge ablehnen, nicht besuchen will. Sie verdrängen, sie würden vom Berliner Magistrat „bis aufs Blut geschrippt“. Herr Böß hat ihnen bereits die gebührende Antwort erteilt. Er hat sie daran erinnert, was die Stadt Berlin für sie getan hat, und beispielsweise auf die ununterbrochen vom Berliner Westamt organisierten Ausstellungen hingewiesen, bei denen sie in erster Linie die Profitierer sind. Wenn die Herren weiterhin so tun, als übe man einen Gewissenszwang auf sie aus, so darf man wohl erwidern, daß der Gewissenszwang, den ihre antirepublikanische Kundschaf auf sie ausübt, sie weniger zu genieren scheint. Die Prominentesten unter ihnen haben uns schon vor einiger Zeit persönlich erklärt, sie seien leider durch die Proteste dieser Kundschaf zum Verzicht auf die schwarzrotgoldene Nationalflagge gezwungen. Ferner wird sehr hübsch, wenn auch nicht gerade geschickt, gesagt, die betreffenden Besitzer wollten „alles vermeiden, was einen Gast verärgern kann“. Nun, die Verärgerung der zu den staatsfeindlichen Parteien gehörenden Gäste, die vielleicht weniger Wein trinken, bedrückt sie anscheinend nicht. Sie beugen sich darauf, auch die Kaufhäuser hätten nicht schwarzrotgold geflaggt. Das ist in solcher Verallgemeinerung wieder ein Irrtum, denn die Mehrzahl der Berliner Kaufhäuser zieht am Verfassungstage torrefekt die Nationalflagge auf. Wie schon bisher, spielen die Herren Hotelreaktionäre sich auf die „Amnestie“, die „Neutralität“ hinaus. Wie ihre „Neutralität“ aussieht, hat ja schon ihr Beschluß vom 30. Juli 1924, in dem sie höflich von den sogenannten Verfassungstage sprachen, genügend gezeigt. Im übrigen sollten sie und alle, die etwas schwer von Begriff sind oder sich mit dialektischen Kunststücken behelfen möchten, nachgerade doch lernen, daß Achtung vor dem Staat und der Verfassung absolut nicht mit „Parteilosigkeit“ verwechselt werden kann. Parteilosigkeit beginnt für die Staatsgefeindten erst im Rahmen des Staatsweizens, der das Gemeinsame sein soll, und Parteilosigkeit treibt man nicht, wenn man den verfassungsmäßigen Staat unterstützt, sondern dann, wenn man ihn bekämpft.

Der Oberbürgermeister und der Berliner Magistrat sind entschlossen, aus dem Verhalten der verfassungsfeindlichen Hotelbesitzer alle, auch die äußersten Konsequenzen zu ziehen. Ebenso wird die preussische Regierung, wird die republikanische Presse handeln, und das alles erscheint uns, dieser Hotelrevolte gegenüber als eine Selbstverständlichkeit. Aber es scheint, daß Herr v. Schubert, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, bereits den Frack anlegt, um heute abend in das, wider allen internationalen Brauch und alle nationale Würde, nur amerikanisch besetzte Hotel Adlon zu gehen. Man versichert, die „ausenpolitischen Rüdichten“ hätten ihn leider dazu. Wir sind mit Herrn v. Kardorff der Ansicht, daß die „ausenpolitischen Rüdichten“ anders aussehen, und daß ein Vertreter der deutschen Reichspolitik, vor allem dem Auslande die unantastbare Gültigkeit der deutschen Verfassung und ihrer Symbole zu zeigen hat. Oder teilt man im Auswärtigen Amt nicht die Meinung des Herrn v. Kardorff, daß ein Volk, das seine eigene Fahne nicht achtet, auch nicht Anspruch auf die Achtung der anderen erheben kann?